Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 53 (1959)

Heft: 6

Artikel: Gegen eine schwedisch-schweizerische Zusammenarbeit für Atomwaffenproduktion

Autor: Braunschweig, Hansjörg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140362

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ganze Welt – entsteht, wenn man in einem so entscheidenden Moment diese Bewaffnung wählt. Schließlich ist es das einfache Volk, das diese Initiative mit seinem Einsatz und Opfer ermöglichte. Es wollte damit seinen Friedenswillen demonstrieren und dem Land seine humanitären Überlieferungen erhalten. Die Initiative ist ein Glaubensbekenntnis.

35», die sich für die atomare Bewaffnung der Schweiz aussprach.

Die sozialdemokratische Initiative wäre nicht lanciert worden, wenn die andere nicht existiert hätte. Sie ist darum dazu bestimmt, der Initiative der Schweizerischen Bewegung das Bein zu stellen. Sie ist das Werk von gewissen leitenden Persönlichkeiten der SPS. Der Text der Initiative würde es den Bundesbehörden ermöglichen, das Volk vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Initiative sucht Zeit zu gewinnen und die Geister zu verwirren. Sie ist ein politischer Kompromiß und ist gekennzeichnet durch eine Vorsicht, der jede Überzeugungskraft abgeht.

Unsere Schlußfolgerungen

Sicher ist, daß das Volk den Entscheid fällen soll. Aber dazu gehört, daß es rechtzeitig angehört wird. Es besteht ein Malaise über gewisse Machinationen, die zeigen, wie sehr unsere Neutralität schon angefressen ist: Transit von atomarem Kriegsmaterial durch schweizerisches Gebiet, Vorführung eines Fliegerabwehrgeschützes modernster Konstruktion vor militärischen Führern der NATO, skandalöse Konferenzverbote, militaristische Propaganda usw. Also: Standhalten in Grundsatztreue, eingedenk unserer persönlichen und der Verantwortung des Landes vor der Menschheit. Denken wir daran, daß wir in diesem Antiatomkampf nicht allein sind, denn überall in der Welt marschiert man zum Protest, überall entstehen Organisationen, um den Scheußlichkeiten, der Angst und dem Unsinn des Krieges ein Ende zu setzen.

Arthur Villard in «Contacts»

Gegen eine schwedisch-schweizerische Zusammenarbeit für Atomwaffenproduktion

Am 24. Mai 1959 tagte der Arbeitsausschuß der Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung und nahm mit Befriedigung Kenntnis vom Abschluß der Unterschriftensammlung für die Volks-

initiative für ein verfassungsmäßiges Verbot der Atomwaffen. Er beauftragte sein Büro, die Aufklärungsarbeit im Volk fortzusetzen. Er fordert alle Kreise – ob pro, kontra oder unentschieden – auf, die Frage der atomaren Aufrüstung weiterzudiskutieren und vor allem einen Weg zu beschreiten, welcher der Schweiz, ihrer Neutralität, ihrer Verantwortung für das Rote Kreuz und ihrem Friedenswillen besser als die atomare Aufrüstung gerecht wird. Der Arbeitsausschuß dankt den Unterzeichnern für die bisherige Unterstützung und für ihre zukünftige Hilfe. Er fordert vom Bundesrat die Behandlung unserer Verbotsinitiative, bevor irgendwelche Schritte in der Frage der atomaren Aufrüstung unternommen werden. Er lehnt ganz entschieden die aus Militärkreisen vorgetragene Idee einer der Neutralität widersprechenden schweizerisch-schwedischen Zusammenarbeit für Atomwaffenproduktion ab. Er stellt erneut fest, daß bereits Durchfuhren atomaren Waffenmaterials durch schweizerisches Territorium erfolgt sind, und fordert, die Bundesbehörden möchten inskünftig solche Vorkommnisse unterbinden.

Hansjörg Braunschweig

WELTRUNDSCHAU

Erstarrte Fronten Als ich am Tag der Eröffnung der Genfer Außenministerkonferenz eine lang geplante Reise in die Tschechoslowakei antrat, hatte ich gar nicht das Gefühl, etwas zu versäumen, wenn ich die diplomatischen Verhandlungen nicht aus der Nähe verfolgen könne; es werde ja, sagte ich mir, bei dem ganzen Theater doch nicht viel herauskommen. Die Erwartung hat nicht getrogen; die Konferenz hat sich einen vollen Monat nur im Kreis herumgedreht und wird im besten Fall so viel kleine Zugeständnisse der einen Seite an die andere bringen, daß die berühmte Gipfelkonferenz dieses Jahr doch noch abgehalten werden kann. Ich kann es mir darum wirklich schenken, auf den kunstvoll verschlungenen Gang der Genfer Verhandlungen hier im einzelnen zurückzukommen, und will den Hauptteil meiner Rundschau diesmal lieber einer gedrängten Darstellung meiner tschechoslowakischen Eindrücke widmen.

Daß die west-östliche Außenministerkonferenz keine Wendung zum Guten in den Beziehungen der beiden Machtlager gebracht hat, ist nur zu begreiflich. Sie war ja von der Sowjetunion mit der Absicht durchgesetzt worden, erstens die ständige, von ihr als immer unerträglicher empfundene Schädigung der DDR und des Ostens überhaupt von Westberlin her aus der Welt zu schaffen und zweitens mit Deutschland einen Friedensvertrag zustande zu bringen, der die wachsende Gefahr des neuen deutschen Nationalismus und Militarismus bannen